

## Grübelst Du noch oder... Nach dem PDS-Parteitag

Viel Spaß und so manche Anspielung bot der Tagungsort, die Caligari-Halle im Filmpark Babelsberg. Aber es ging nicht um Traum- oder Trugbilder. Auf dem Programm des Parteitages standen klare Signale in Richtung Bundestagswahl 2006. Es ging um Strategie, es ging um Personal und es ging vorwärts.

Natürlich wurde gestritten. Aber zu wenig, fanden Journalisten, die vom Gegeneinander zehren. Kenner indes bescheinigten der PDS: Sie wurde nicht übermütig, ob aktueller Wahlerfolge. Sie agiert nicht mehr gegeneinander, wie auf früheren Parteitagen. Sie war wieder sachlicher, politischer.

Punkt eins auf der Haben-Seite ist eine Strategie. Sie gilt mit Blick auf die Bundestagswahl 2006. Sie ergänzt das neue PDS-Programm anno 2003. Und sie orientiert auf einen Politikwechsel, auf eine „Agenda sozial“ sowie gegen die Militarisierung der Politik.

Punkt zwei auf der Haben-Seite ist ein neuer PDS-Vorstand. Er soll die interne Krise der PDS, rund um das verlorene Jahr 2002, endgültig überwinden. Er soll das Comeback der PDS als Fraktion in den Bundestag sichern. Er soll politische Alternativen öffentlich schärfen.

Punkt drei auf der Haben-Seite ist die Grundstimmung. Unter Linken gern ausgetragene Gefechte, wer denn der wirkliche, wahre oder einzige Linke sei, hatten wenig Chancen. Sie fanden hinter den Kulissen statt, aber beim Gros des Parteitages keine Resonanz. Also alles schön? Nein! Nun gilt der Slogan: Grübelst Du noch oder kämpfst Du schon!

■ Elke Breitenbach  
MdA, PDS-Vorstand



Foto: Uwe Stümke

## Die solidarische Stadt Ein zentrales Vorhaben bis 2006

Soziale Gerechtigkeit ist ein Markenzeichen der PDS. Aber es hat unter den Bedingungen des sozialen Kahlschlages der rot-grünen Bundesregierung keinen leichten Stand. Umso wichtiger ist es, Ideen zu entwickeln, um den Sozialabbau zu stoppen und dabei auch neue Wege zu gehen.

Ein Kompass ist der „Sozialstrukturatlas 2003“ für Berlin, herausgegeben von der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz. Sehr deutlich hat er erneut den Zusammenhang zwischen bevölkerungsspezifischen Belastungen wie Arbeitslosigkeit, Armut, gesundheitlichen Risiken und ihrer räumlichen Zuordnung hergestellt. Es gibt zahlreiche so genannte Problemkieze und sie werden häufig von Menschen mit Migrations-Hintergrund, mit schlechtem Bildungsstand, von Familien oder allein erziehenden Frauen bewohnt. Die Erkenntnisse sind nicht neu. Aber der Atlas ist sehr detailliert und bietet deshalb eine gute Basis für Konzepte, für eine integrierte Stadtentwicklung.

Daran arbeitet Berliner PDS-Fraktion gemeinsam mit ihren Senatsverwaltungen und Vertretern aus den Bezirken ressortübergreifend. Wir wollen allen Menschen dieser Stadt einen gleichen Zugang zu Beschäftigung, Ausbildung, Integration, Gesundheit schaffen und sie über weitere Formen direkter Demokratie mehr selbst bestimmen lassen.

Denn eines hat der Sozialstrukturatlas auch deutlich gemacht: Soziale Stadtentwicklung kann nicht allein am gleichnamigen Senatsressort festgemacht werden. Wir wollen eine solidarische Stadt. Deshalb brauchen auch vielfach praktizierte Methoden wie z.B. das „Quartiermanagement“ einen neuen, erweiterten Ansatz. Das heißt: Die vielfältigen Programme, die es in allen Ressorts für sozial benachteiligte Gruppen gibt, müssen zusammengeführt, bewertet und mit transparenten Kriterien für ihre Vergabe versehen werden. Nur so lassen sie sich zielgerichtet einsetzen, nur so sind Schwerpunkte in besonders belasteten Gebieten auch mit entsprechenden Ressourcen zu setzen.

Für die PDS und für Berlin wird es dabei von besonderer Bedeutung sein, Menschen mit Migrations-Hintergrund die Chancen zu eröffnen, sich in die Stadtgesellschaft zu integrieren. Neben früher Sprachförderung, unserem Maßnahmenpaket Integration und den Integrationsrichtlinien des Beauftragten für Migration und Integration werden Ausbildung und Beschäftigung zentrale Ansatzpunkte für diese Aufgabe bis zum Ende der Legislaturperiode sein.

■ Marion Seelig  
stellv. Fraktionsvorsitzende

# Thema:

## Plebiszit ins Grundgesetz

Das Berliner Abgeordnetenhaus befürwortet eine Volksabstimmung über die Europäische Verfassung. Der Beschluss wurde mit den Stimmen von SPD, PDS und FDP gegen die Voten der CDU und bei Enthaltung der Grünen im Europaausschuss des Parlaments gefasst. Darin wird der Senat aufgefordert, auf Bundesebene für eine Grundgesetzänderung einzutreten, für mehr direkte Demokratie einschließlich eines Volksentscheids über die EU-Verfassung.

## Zügig aufklären

Die Koalitionsfraktionen haben sich für eine Intensivierung und Systematisierung der Arbeit des Untersuchungsausschusses Tempodrom ausgesprochen, damit das Gremium im Sommer nächsten Jahres einen Abschlussbericht vorlegen kann. Eigentlich hätte bis zum 31. Oktober dieses Jahres bereits ein Bericht über die Hintergründe und Verantwortlichkeiten bei der Tempodrom-Affäre vorliegen müssen. Dies habe der Ausschuss unter CDU-Vorsitz jedoch nicht geleistet. Ein zügigeres Vorgehen, unterstrichen SPD und PDS, solle die umfassende, gründliche Aufklärung nicht ausschließen.

## Antworten zu „Hartz“

Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner war Gast der ersten „Fragestunde“ auf der neu gestalteten Internetseite der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Unter [www.pds-fraktion-berlin.de](http://www.pds-fraktion-berlin.de) gab sie Auskünfte und beantwortete mehr als 30 Fragen rund um die „Hartz“-Gesetze. Besonders groß war der Informationsbedarf zum angemessenen Wohnraum und zur so genannten 58er Regelung. Das komplette Gesprächsprotokoll ist im Internet nachzulesen.



Foto: Axel Hillebrandt

## Mobil zum halben Preis

### Ab 2005 gibt es wieder ein Sozialticket

Ab 1. Januar 2005 wird es in Berlin wieder ein Sozialticket geben. Mit 32 Euro wird es die Hälfte des regulären Monatstickets kosten. Darauf haben sich der Senat und die Koalitionsfraktionen politisch verständigt. In zähen Verhandlungen konnten insbesondere unsere Senatorin Heidi Knake-Werner und unser Senator Harald Wolf den Berliner Verkehrsunternehmen verdeutlichen, dass ihnen mit dem Angebot eines neuen Sozialtickets nicht automatisch Einbußen entstehen müssen.

Von solchen waren BVG und S-Bahn ausgegangen, als sie im Januar 2004 mit der Streichung der Zuschüsse des Senats das bisherige Sozialticket abschafften und bei der Gelegenheit von April 2004 an auch gleich noch die zuschussfreien Arbeitslosenhilfe- und Seniorentickets einstellten.

Dass der Senat jene 17 Mio. Euro direkte Zuschüsse für das Sozialticket nicht mehr zahlen konnte, hat damit zu tun, dass kein anderes Bundesland per Direktzuweisungen an Verkehrsunternehmen Sozialtarife im Nahverkehr subventioniert. Um die Klage Berlins auf Entscheidungshilfen des Bundes nicht zu gefährden, sollte dieser Zuschuss nicht länger gezahlt werden. Die anderen Bundesländer bezahlen schließlich ungern für etwas, das sie selbst nicht haben. So gibt es vielerorts zwar Bündnisse von Unternehmen, Verwaltungen und öffentlichen Einrichtungen, die z. B. Sozialpässe anbieten, was in der Regel auch Ermäßigungen bei den Fahrpreisen mit sich bringt. Doch meist sind es auf der Kommunalebene die ansässigen Verkehrsunternehmen, die freiwillig ermäßigte Sozialtarife anbieten, um den Schwächsten der Gesellschaft die Teilnahme am öffentlichen Leben zu ermöglichen.

Das neue Berliner Sozialticket wird nach unserer Auffassung ohne direkte Zuschüsse des Landes von BVG und S-Bahn angeboten werden können. Der Kreis derer, die es in Anspruch nehmen können, ist nicht nur groß, er wird besonders wegen der Hartz-Gesetze auch noch wachsen. Neben Sozialhilfeempfangenden, einkommensschwachen Senioren, Asylsuchenden und deren Familien werden künftig auch Arbeitslosengeld-II-Bezieher das Sozialticket nutzen können. Sie hätten – darunter auch jene, die bisher als Sozialhilfe Empfänger die Kosten für ihre Fahrkarten vom Sozialamt erstattet bekommen – ab 1. Januar den vollen Preis bezahlen müssen.

Auch 32 Euro sind, um mobil zu sein, nicht wenig Geld. Wer jedoch argumentiert, dass dies ALG-II-Empfänger besonders treffe, weil sie nun von 345 Euro fast zehn Prozent für das Ticket ausgeben müssten, diskutiert unredlich. Es gehört zur Ehrlichkeit in der Debatte, einzuräumen, dass bei ALG-II-Empfängern neben der Grundsumme das Land auch für Mietzahlungen aufkommt, und es gibt in dieser Stadt nicht wenige Menschen mit niedrigen Einkommen, die von ihrem Geld sowohl ihre Miete als auch ihre Mobilitätskosten zum vollen Preis bestreiten müssen.

Ob die nun von den Verkehrsbetrieben, von der PDS und Teilen der SPD getragene Lösung aufgeht, wird das kommende Jahr zeigen. Für den Fall, dass die Verkehrsunternehmen Einbußen haben sollten, ist vereinbart, dass das Land gegebenenfalls für eine Ausgleichsmöglichkeit Vorsorge trifft. Hier gibt es bereits Überlegungen, wie dies aus dem laufenden Haushalt erfolgen könnte.

■ *Stefan Liebich,*  
PDS-Landes- und Fraktionsvorsitzender

## Rüstungsexporte

### Die Tabus fallen reihenweise

Die Botschaft kam wie bestellt. Endlich könne auch Deutschland ohne unsinnige Beschränkungen exportieren, lobte ein Sprecher der Luft- und Raumfahrt-Industrie die rot-grüne Bundesregierung. Am selben Tag diskutierten wir im Bundestag den „Jahresabrüstungs-Bericht“ für 2003. „Die Welt“ kommentierte vorab genüsslich: „Rüstungsexport ist kein rot-grünes Reizthema mehr. Auf Drängen des Kanzlers fallen jetzt reihenweise die Tabus.“ So ist es, leider.

Nach Berechnungen verschiedener Institute rangiert Deutschland auf Platz drei bis fünf in der Top-Liste der weltgrößten Rüstungsexporteure. Allein 2003 wurden Waffen und kriegsfähiges Material an über 100 Länder verkauft. Das Geschäft boomt. Dabei hatten sich SPD und Grüne in ihren eigenen Richtlinien auferlegt: Rüstungsexporte sind „restriktiv“ zu handhaben.

Im Umfeld der Bundestagsdebatte schlugen weitere Meldungen ein. „Deutsche Konzerne profitieren am Irak-Krieg!“ Der Hintergrund: Die heimischen Rüstungsexporte sind ausgerechnet an jene Staaten gestiegen, die am Irak-Krieg beteiligt sind. Als Rot-Grün antrat, galten Waffenlieferungen in Krisengebiete als verboten, und auch an Kriegsparteien, die nicht im UNO-Auftrag handeln. Auch das ist Schnee von gestern. Inzwischen beliefern deutsche Konzerne selbst Israel und damit in eine unkalkulierbare Region.

Das alles und mehr stand übrigens nicht in dem 200-seitigen Bericht der Bundesregierung. Als ich es im Plenum vor laufenden Phönix-Kameras und Mikrofonen ansprach, gaben mir CDU-Abgeordnete Recht. Die Grünen zürnten.

Vor drei Jahren begann die Militär-Mission der Bundeswehr in Afghanistan. Am Anfang stand ein Wort, ein Machtwort, ein Schauspiel. Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) hatte die Abstimmung zum Auslandseinsatz mit einer Vertrauensfrage in eigener Sache gekoppelt. Das Ergebnis war schizophoren. CDU und CSU wollten den Marschbefehl, aber kein Votum für die Regierung, also stimmten sie mit Nein. Etliche Sozialdemokraten und Grüne grummelten laut gegen das Afghanistan-Mandat, wollten aber ihren „Chef“ nicht schwächen. Ergo sagten sie Ja. Nur eine Partei im Bundestag brauchte sich nicht verbiegen: Die PDS stimmte mit Nein.

Seither wird der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr regelmäßig verlängert und erweitert, zuletzt Ende Oktober, ohne Debatte. Als wir eine Aussprache begehrten, wurden wir überstimmt, von allen anderen. Die bei großen Themen üblichen Verhältnisse im Bundestag obsiegt wieder einmal: 2 zu 4, zwei Frauen gegen vier Fraktionen.

Als die Bundeswehr an den Hindukusch aufgebrochen war, da gab es ein klares Ziel, angeblich. Osama Bin Laden sollte gefasst, der internationale Terrorismus zerschlagen werden. Regelmäßig fordere ich eine Bilanz des militärischen Abenteuers, vergebens. Bei einer Nachfrage war Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) allerdings offener. „Sie haben viele Verlängerungsstrategien, haben Sie auch ein Ausstiegsszenario?“ Seine Antwort: „Nein, ich bin doch kein Hellseher.“

■ Petra Pau, MdB

## In Kürze:

### Immer wieder Hartz IV

In jeder Bundestagswoche fragen Gesine Löttsch und Petra Pau nach den konkreten Auswirkungen von „Hartz IV“. Die Antworten sind meist spärlich, die konkreten Probleme indes groß: Angebote für Arbeitslose, die kein ALG II erhalten, Sicherung des Datenschutzes, Verfassungsmäßigkeit des „Aussteuerungsbetrages“ usw. usw.

### Offenes Maut-Geheimnis

„Maut“ und „Toll Collect“ gehören zu den Unwörtern des Jahres. Nun hat der Bundesrechnungshof einen kritischen Bericht vorgelegt, der nur in der Geheimschutzstelle des Bundestages eingesehen werden darf. Als Gesine Löttsch den Leseraum aufsuchte, meinte ein CSU-Kollege: „Wenn Sie Zeitung lesen, werden Sie hier nichts Neues erfahren.“ So war es denn auch.

### Bilanz im Netz:

Gesine Löttsch und Petra Pau haben eine 8-seitige Beilage im „Neuen Deutschland“ gekauft und darin ihre Halbzeit als PDS im Bundestag bilanziert. Inzwischen sind die 100.000 gedruckten Exemplare vergriffen. Aber die Bilanz bleibt nachlesbar unter

➔ [www.petra-pau.de](http://www.petra-pau.de)

### Bundestagsbüro

#### Dr. Gesine Löttsch

2. Obergeschoss  
Ahrenshooper Str. 5  
13051 Berlin  
Tel (0 30) 99 27 07 25  
Fax (0 30) 99 27 07 26  
wahlkreis@gesine-loetzsch.de  
[www.gesine-loetzsch.de](http://www.gesine-loetzsch.de)

#### Bürgersprechstunde:

09. 11. 2004, 17 Uhr

### Wahlkreisbüro

#### Petra Pau

Henny-Porten-Str. 10–12  
12627 Berlin  
Tel. (0 30) 99 28 93 80  
Fax (0 30) 99 28 93 81  
petra.pau@wk.bundestag.de  
[www.petra-pau.de](http://www.petra-pau.de)

#### Bürgersprechstunde:

17. 11. 2004, 10–12 Uhr



Foto: Privat

Regelmäßig informieren sich Gesine Löttsch und Petra Pau „Vor Ort“ über die Auswirkungen der Bundespolitik. Im Oktober besuchte Petra Pau unter anderem das Sozialamt, einen Obdachlosen-Treff und den Kiez rund um den Klausener Platz in Charlottenburg.

## Termine:

3. November

### Rot-Rot oder Volksbegehren

Podiumsdiskussion mit Elke Breitenbach (MdA, PDS), Carola Freundl (MdA, PDS), Marian Krüger (MdA, PDS), Michael Prütz (Initiative Volksbegehren), Eberhard Schönberg (Vorsitzender GdP-Berlin) und Ulrich Thöne (Vorsitzender GEW-Berlin)  
19–22 Uhr, Heilig-Kreuz-Kirche, Berlin-Kreuzberg, Zossener Str. 65.

6. November

### Gegen Agenda 2010 und Hartz IV

Bundesweite Demonstration in Nürnberg, 12 Uhr, Auftakt vor der Lorenzkirche Zentraler Innenstadt-Platz.

9. November

### Alternativen zum Sozialabbau

Bürgerforum mit Harald Werner (PDS-Vorstand)  
18:30 Uhr, KULTschule, Berlin-Lichtenberg, Sewanstr. 43

12. November

### Strategieforum der PDS Berlin

Diskussion mit Senator Harald Wolf über seine Denkschrift „Zwei entscheidende Jahre“,  
18.30 Uhr, Abgeordnetenhaus, Berlin-Mitte, Niederkirchnerstraße 5

13. November

### Wege aus der ökologischen Krise

Workshop der Ökologischen Plattform bei der PDS mit Wolfgang Methling (Minister für Umwelt in Mecklenburg-Vorpommern) und Saral Sarkar (Buchautor),  
10–16 Uhr, Neues Stadthaus, Berlin-Mitte, Parochialstr. 3

5. Dezember

### Ratschlag zu Hartz IV

Beratung der PDS mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und Arbeitsloseninitiativen über gravierende „Hartz“-Fehler und grundlegende Alternativen zur „Agenda 2010“,  
10 Uhr, „Haus der Demokratie“ Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin

9./10. Dezember

### „Im Spannungsfeld – 15 Jahre PDS“

Gemeinsame Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftungen und der Hellen Panke, u. a. mit Lothar Bisky, Fausto Bertinotti, Gesine Löttsch und Gregor Gysi  
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin (Anmeldung erbeten)

## Impressum:

Landesvorstand PDS Berlin  
Karl-Liebnecht-Haus  
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin  
Tel. 24 00 93 01, Fax: 24 00 92 60  
E-mail: lv@pds-berlin.de  
V. i. S. d. P.: Axel Hildebrandt  
Titel & Gestaltung: www.WARENFORM.net  
Druck: www.druckerei-bunterhund.de  
Redaktionsschluss: 31. 10. 2004

## Kalenderblatt: 4. November 1989 „Wir waren das Volk“

Der vierte Tag im November ist reich an historischen Einträgen. 1918 begann der Kieler Matrosenaufstand und damit die Novemberrevolution in Deutschland. 1956 fuhren sowjetische Panzer in Ungarn auf, um den „konterrevolutionären“ Volksaufstand zu brechen. 1989 fand auf dem Berliner Alex die größte Demonstration in der Geschichte der DDR statt. Sie gilt als Höhepunkt der Demokratie-Bewegung.

Angeregt durch das damals noch halblegale „Neue Forum“, vorbereitet von Kulturschaffenden und angemeldet von Anwalt Gregor Gysi, zog sie eine halbe Millionen Menschen an. Sie forderten grundlegende Reformen, vor allem mehr Demokratie, Presse- und Meinungsfreiheit. Die Veranstalter hatten eine „Sicherheitspartnerschaft“ mit der Volkspolizei geschlossen. „Keine Gewalt“, hieß das allgemeine Gebot. Es wurde ein Markenzeichen der „Montagsdemos“.

Die Rednerliste auf der Berliner Kundgebung war lang, das Spektrum breit. Erklärte Oppositionelle wie Jens Reich (Neues Forum) sprachen, SED-Funktionäre wie Günter Schabowski (Politbüro) und vor allem Schauspieler und Schriftsteller, etwa Ullrich Mühe, Stefan Heym oder Christa Wolf. Sie sagte: „Das ‚Staatsvolk‘ der DDR geht auf die Straße, um sich als ‚Volk‘ zu erkennen.“ Sie verwies auf den „tausendfachen Ruf: Wir-sind-das-Volk!“

Polizei und Staatssicherheit waren zu strikter Zurückhaltung verpflichtet worden. Sie mieden Präsenz. Die ohnehin verunsicherte SED-Führung fürchtete unkalkulierbare Entwicklungen. Doch der befürchtete Marsch aufs Brandenburger Tor blieb aus. Die Grenze zwischen Ost- und West-Berlin wurde fünf Tage später geöffnet. Ausgerechnet der amtierende Pressesprecher des ZK der SED, Schabowski, überraschte die Medien aus aller Welt mit einer kühnen Interpretation der „Beschluss-Lage“. Noch am selben Abend feierten Zigtausende Ost- und West-Berliner gemeinsam das „Ende der Mauer“.

Zehn Jahre später, 1999, erinnerten Politiker und Künstler an diesen historischen 4. November. Sie entfalteten am Alex ein unübersehbares Transparent: „Wir waren das Volk.“ Der Text war wohl gewählt, provokant und mehrdeutig, meinte einer der Mitinitiatoren der Aktion, Dr. Thomas Flierl (PDS), heute Senator von Berlin. Der Spruch konnte rückblickend Stolz auf die Ereignisse anno 1989 wecken. Er verwies aber ebenso auf viele uneingelöste Hoffnungen aufgebrochener Bürgerinnen und Bürger. Eine Forderung der Demonstranten damals hieß übrigens: „Volksentscheide statt Führungsanspruch!“

■ Axel Hildebrandt



### Wieder Seelenbinder Sportpark

Am 24. 10. 2006 wurde der Sportpark Neukölln auf Beschluss der BVV durch Bezirksbürgermeister Buschkowsky (SPD) wieder nach Werner Seelenbinder benannt. Anlass war der 60. Todestag des Arbeitersportlers und Antifaschisten. Die erneute Namensgebung hatte Stefan Liebich, PDS-Landesvorsitzender, auf einer Seelenbinder-Ehrung zu dessen 100. Geburtstag angeregt.

# SERVICIE